

*Meinungsfreiheit in Gefahr:*

## **Nein zum Extremismus-Gesetz!**

**Grundrechte verteidigen**

*Mi 24.2.21 8h Josefsplatz*

**Kundgebung beim Parlament  
vor der Nationalratssitzung**

### **Rednerinnen und Redner:**

Martin M. Weinberger, islamischer Erwachsenenbildner  
Boris Lechthaler, Solidarwerkstatt Österreich, aktiv im OÖ  
Netzwerk gegen Rassismus u Rechtsextremismus  
Markus Drechsler, Selbst- und Interessensvertretung zum  
Maßnahmenvollzug (angefragt)  
Karim Rihan, Neos Meidling (angefragt)  
Dar al Janub  
Franz Schuster, Antifasch. Aktion Infoblatt  
Willi Langthaler, Antiimperialistische Koordination  
Moderation: Leo Xavier Gabriel

### **Das Konstrukt „Politischer Islam“ – maskierter Generalverdacht**

Das von der Regierung geplante Extremismus-Gesetz spricht nur in den Erläuterungen von „Politischem Islam“, aber auch, wenn sie sich hinter dem Begriff „religiöser Extremismus“ verstecken – gemeint sind dennoch Musliminnen und Muslime. Es handelt sich um einen Generalverdacht gegen Musliminnen und Muslime, eine Diskriminierung eines Teils der österreichischen Bevölkerung und eine Spaltung der Gesellschaft!

### **Geplantes Extremismus-Gesetz – Bedrohung der Meinungsfreiheit**

Das geplante Gesetz verschleiert seine Absicht und nennt einen Straftatbestand des „religiösen Extremismus“ – mit dem Gesetz versucht die Regierung, die öffentliche Trauer und Bestürzung nach dem Anschlag vom 2. November 2020 auszunützen, um ihre lange geplanten Gesetzesverschärfungen durchzubringen. Längst schon gibt es genügend Gesetze, um Straftaten zu verfolgen. Doch das Extremismus-Gesetz ist gewollt unbestimmt: Meinungen statt Straftaten werden unter Strafe gestellt, es handelt sich um ein Einfallstor für Gesinnungsjustiz und eine Bedrohung des Grundrechtes der Meinungsfreiheit!

### **Mit Salami-Taktik zur „Sicherungshaft“**

Die Pläne für antidemokratische Gesetzesverschärfungen existieren schon lange, deren Kernstück ist die „Sicherungshaft“, eine Neuauflage der berüchtigten „Schutzhaft“ von Ständestaat und Nazis. Politische Gegner mit anderer Gesinnung können ohne Prozess weggesperrt werden. Mit einer Salami-Taktik soll die Sicherungshaft jetzt schmackhaft gemacht werden. Im derzeitigen Gesetzesentwurf kommt sie nicht vor, vielmehr geht es um eine Ausweitung des „Maßnahmenvollzugs“, eine weitere Verharmlosung für die Einschränkung von Bürgerrechten und Freiheiten für Verurteilte über das verhängte Strafmaß hinaus. Das ist vermutlich nur der erste Schritt, denn aufgehoben ist das Projekt der „Sicherungshaft“ noch lange nicht. Auch die Anwendung wurde mit brutalen Razzien gegen seit langem anerkannte humanitäre Vereine und Einzelpersonen vorwiegend ägyptischer und palästinensischer Herkunft im Rahmen der „Operation Luxor“ vorexerziert.

Mit diesem Gesetz wird der Spielraum der Macht für die Regierenden noch erweitert – vorgeblich zum Schutz der Grundrechte, handelt es sich um eine ernste Gefahr für die Meinungsfreiheit, eine der Säulen eben jener Grundrechte.

**Da droht noch mehr – wehret den Anfängen – Grundrechte verteidigen!**

*Komitee zur Verteidigung der Grundrechte*

[www.selbstbestimmtes-österreich.at](http://www.selbstbestimmtes-österreich.at)